

Bericht zum Seminar „Dezentralisierung – Die Rolle des Bundes, der Länder und der Gemeinden“

Brasilien ist flächenmäßig der fünftgrößte Staat der Welt und damit fast 24-mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem ist der Staat zentralistischer organisiert. Beim Seminar am 23. Mai in Brasília wurde daher über Vor- und Nachteile einer dezentraleren Struktur diskutiert.

Das Seminar wurde in Zusammenarbeit mit der Schweizer Botschaft in Brasilien, der Staatsanwaltschaft PGR, dem Internationalen Politikzentrum für inklusives Wachstum IPC-IG der UN und UNDP organisiert. Nach einer kurzen Eröffnung durch Wilhelm Meier, Botschafter der Schweiz in Brasilien, Edson Oliveira de Almeida, stellvertretender Oberster Bundesstaatsanwalt Brasiliens und Peter Fischer-Bollin, Landesbeauftragter der Konrad Adenauer Stiftung in Brasilien, begann die eintägige Veranstaltung.

Ein besonderer Fokus lag auf dem Subsidiaritätsprinzip, welches von zwei Spezialisten, Prof. Thomas Fleiner der Universität Fribourg (em.) und Luis Ignacio Roman der Autonomen Nationalen Universität von Mexico (UNAM), in den ersten beiden Vorträgen vorgesellt wurde. José Mario Carneiro Brasiliense von der Oficina Municipal in São Paulo betonte im weiteren Verlauf nochmals, dass sich die essentielle Komponente des Prinzips gerade in seinem Ausgangspunkt auf den niedrigsten Ebenen des Staates, z.B. den Gemeinden finde. Er wies darauf hin, dass dies vor allem im brasilianischen Kontext wichtig sei, da hier Verantwortlichkeiten oft von oben nach unten verteilt

würden. Das Subsidiaritätsprinzip hingegen ginge davon aus, dass Probleme zuerst auf der untersten Ebene angegangen würden und nur dann weiter nach oben verlagert würden, wenn die unteren Ebenen überfordert seien und sich hier effizientere Lösungen fänden. Prof. Fleiner betonte, dass das Subsidiaritätsprinzip in der Schweiz vor allem durch die charakteristisch starke direkte Demokratie begünstigt werde. Die ausgeprägten Mitbestimmungsmöglichkeiten des Volkes garantierten, dass Initiativen tatsächlich zuerst von der kleinsten Ebene, also dem Bürger, ausgingen.

Im Anschluss wurde das Thema *Dezentralisierung und Finanzierung* besprochen. Luis Henrique, Senator und bis 2010 Gouverneur des Bundesstaates Santa Catarina, meldete sich zu Wort und führte geglückte Reformen zur Dezentralisierung des Bundesstaates als positives Beispiel an. Der Staat wurde dabei in 37 Mikroregionen unterteilt und konnte sein Bruttoinlandsprodukt durch die effizientere Struktur innerhalb von acht Jahren verdoppeln, wodurch es heute so groß sei wie das von Uruguay und Paraguay zusammen. Gleichzeitig hätten sich auch die Steuereinnahmen verdoppelt, der Außenhandel verdreifacht und seit 2010 gäbe es keine absolute Armut mehr.

Kritisiert wurde nicht nur von brasilianischer Seite, sondern auch von Pinaki Chakraborty vom Nationalen Institut für öffentliche Finanzen und Politik in Indien, dass der Großteil der Steuern direkt an die Bundesregierung ginge. Daraus folgt, dass die Einnahmen der Bundesstaaten und Gemeinden sehr dünn sind und für

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRASILIEN, RIO DE JANEIRO
KATHRIN ZELLER

Juni 2011

www.kas.de/brasilien
www.kas.de

eine Ausweitung immer erst eine Umverteilung von Oben nach Unten nötig ist. Verhandlungen laufen oft nicht zufriedenstellend für die unteren Ebenen, da die Entscheidungen oft parteipolitisch geprägt sind. Bundesstaaten, deren Regierung der Opposition angehört, sind daher oft nicht nur durch legislative, sondern auch finanzielle Beschränkungen in Ihrer Handlungsfreiheit limitiert. José Adercio, oberster Staatsanwalt eines 14 Bundesstaaten umfassenden Bezirks in Brasilien, merkte zudem an, dass Steuern zwar umverteilt würden, jedoch weitere Abgaben einen erheblichen Teil ausmachen, der nicht weiter verteilt würde. Dies entspräche keinesfalls den Bedürfnissen eines so heterogenen Landes wie Brasilien, das im Norden auf gänzlich andere Herausforderungen stößt als etwa im Süden.

Prof. Bodo Herzog von der ESB Business School Reutlingen verwies im Panel *Subsidiarität in der Politik – Rechtliche Aspekte sozialer Gerechtigkeit* auch auf die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips innerhalb der europäischen Union. Dies impliziert u.a. auch den Bereich der Sozialpolitik. Durch die Heterogenität der verschiedenen Staaten und der Tatsache, dass die jeweiligen Sozialsysteme historisch gewachsen sind, verbleibt diese Kompetenz auf Ebene der Mitgliedsländer. Innerhalb Deutschlands, wiederum, würden nur einige wenige Politikbereiche, wie etwa die Außen- und Sicherheitspolitik oder bis vor einiger Zeit die Währungspolitik, auf Bundesebene durchgeführt.

Während des Seminars wurden auch Zweifel an einer Dezentralisierung laut. Gretta Fenner, Beraterin für Governance und Korruptionsbekämpfung, mahnte, dass sich Dezentralisierung negativ auswirken könne, wenn Ressourcen nicht adäquat verteilt würden oder die lokalen Ebenen nicht die notwendige Kompetenz aufweisen. Weiterhin gab es eine Wortmeldung, die auf Probleme mit Menschenrechten vor allem in abgelegeneren Staaten Brasiliens aufmerksam machte. Hier würde gerade der Eingriff der Union verhindern, dass Bundesstaaten mit stark oligarchisch geprägten Machtstrukturen demokratische und menschenrechtliche Verletzungen begingen. Luis Ignacio Román wandte rein, dass in solchen

Situationen zuerst die Zivilgesellschaft gestärkt werden müsse, da allein die lokalen Ebenen noch keine funktionierende Demokratie ausmachten.

Insgesamt wurde deutlich, dass eine breitere Diskussion zur Verteilung von Verantwortlichkeiten auf den verschiedenen Ebenen des Föderalstaates nicht nur in Brasilien, sondern auch in Indien und Mexiko gewünscht wird. Oft wurde beklagt, dass der Staat seinen Aufgaben nur unzureichend nachkäme und effizientere Lösungen auf niedrigeren Levels zur Verfügung ständen, bisher jedoch ungenutzt blieben. Das Thema ist momentan in Brasilien vor allem durch eine geplante Reform höchst aktuell, wobei u. a. eine Reform des Steuersystems als auch des Wahlsystems diskutiert wird.